



Kurzprotokoll der 29. Sitzung

Ausschuss für Kultur und Medien

Berlin, den 15. März 2023, 14:30 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal 4.400

Vorsitz: Katrin Budde, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 3

Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und
Europäische Transformation: Standortentscheidung

Gespräch mit:

Basil Kerski

Direktor Europäisches Solidarność-Zentrum,
Danzig
Mitglied der Jury für die Auswahl des Standorts

Tagesordnungspunkt 2

Seite 11

Ein Jahr Krieg gegen die Ukraine: Bericht der
Bundesregierung zu deutschen Hilfen im Bereich
von Kultur und Medien

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Budde, Katrin Koß, Simona Lindh, Helge Schieder, Marianne Schneider, Daniel Weingarten, Dr. Joe	Kühnert, Kevin Mende, Dirk-Ulrich Müntefering, Michelle Rohde, Dennis Wegge, Carmen Wiese, Dirk
CDU/CSU	Frieser, Michael Mörseburg, Maximilian Schenderlein, Dr. Christiane Wanderwitz, Marco Widmann-Mauz, Annette	Bär, Dorothee Connemann, Gitta Heveling, Ansgar Klößner, Julia Kriings, Dr. Günter
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Amtsberg, Luise Grundl, Erhard Tesfaiesus, Awet	Fester, Emilia Sacher, Michael Schönberger, Marlene
FDP	Glogowski-Merten, Anikó Hacker, Thomas	Fricke, Otto Tippelt, Nico
AfD	Jongen, Dr. Marc Renner, Martin Erwin	Frömming, Dr. Götz Storch, Beatrix von
DIE LINKE.	Korte, Jan	Sitte, Dr. Petra



Tagesordnungspunkt 1

Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation: Standortentscheidung

Gespräch mit:

Basil Kerski
Direktor Europäisches Solidarność-Zentrum,
Danzig
Mitglied der Jury für die Auswahl des Standorts

Die **Vorsitzende** macht einleitend auf ihre Doppelfunktion aufmerksam: Sie moderiere heute nicht nur den Ausschuss für Kultur und Medien, sondern informiere in ihrer Funktion als Vorsitzende der Jury auch gern über die Standortentscheidung für das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation.

Die Vorsitzende erläutert das zwischen den Fraktionen verabredete Beratungsformat und lädt Basil Kerski ein, als stellvertretender Vorsitzender der Standortjury einzuleiten.

Basil Kerski (Direktor Europäisches Solidarność-Zentrum, Danzig, und Mitglied der Jury für die Auswahl des Standorts) skizziert den Prozess, der zur Auswahl des Standorts für das Zukunftszentrum geführt hat. Ein Vierteljahr lang hätten sich 15 Persönlichkeiten unter dem Vorsitz von Abg. Katrin Budde und ihm als deren Stellvertreter mit den Bewerbungen befasst. Um ein vollständiges Bild zu gewinnen, habe die Gruppe fünf Standorte besucht. Die von der Bundesregierung installierte Jury sei sehr vielfältig besetzt gewesen (Herkunft, Religion, Zugehörigkeit zu politischen Lagern und gesellschaftlichen Gruppen, Männer/Frauen etc.) und habe ostdeutsche Kompetenz gebündelt. Am Ende hätten diese 15 Menschen sich gemeinsam für den Standort Halle an der Saale entschieden.

Herr Kerski wirft die Frage auf, worum es bei dem Zukunftszentrum geht. Hinweise biete der sehr aufschlussreiche Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“.

Darin werde die komplexe Funktion des Zukunftszentrums beschrieben. Enthalten seien zudem die Leitgedanken, an denen sich die Architekten orientieren müssten und anhand derer auch die Standort-Jury habe überprüfen können, ob die Bewerberstädte passten.

In der Jurydebatte habe der Begriff des Leuchtturms eine wichtige Rolle gespielt. Persönlich sei ihm wichtig, dass es sich bei dem künftigen Zukunftszentrum um ein offenes Haus handle. Gebraucht werde ein öffentlicher, nichtkommerzieller Kulturraum, der täglich von morgens bis abends geöffnet ist. Der neue Ort müsse in eine städtische und regionale Gemeinschaft eingebunden sein und gleichzeitig über Deutschland hinaus europaweite Strahlkraft entwickeln.

In der Öffentlichkeit habe der Fokus zuletzt stark auf dem wissenschaftlichen Anspruch für das Zukunftszentrum gelegen. Es reiche aber nicht, ein Bürogebäude zu errichten und Wissenschaftler anzusiedeln. Gedacht sei vielmehr an ein interdisziplinär zum Thema Transformation arbeitendes Haus, das gleichzeitig die Zivilgesellschaft fördere und den europäischen Dialog unterstütze. Wesentlich sei die Aufgabe des Zukunftszentrums, im öffentlichen Raum eine Erzählung über die Erfahrungen der Deutschen und der Europäer in den letzten Jahrzehnten zu präsentieren. Erzählt werden müssten aus der gesellschaftlichen Perspektive die sehr schwierigen Umbrüche der postkommunistischen und der digital-globalen Zeit.

Basil Kerski berichtet, die Arbeitsgruppe „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ habe bewusst nicht vorgegeben, wie die Aufgabe konkret zu erledigen wäre. Sie habe lediglich von einer „Galerie der Transformation und Einheit“ gesprochen, der er persönlich den Aspekt der europäischen Einheit hinzufügen würde. Vorgeschwebt habe der Arbeitsgruppe eine kluge Symbiose von künstlerischen und musealen Ansätzen, die in einer dauerhaften Erzählung präsentiert werden sollte. Es sei sehr ambitioniert, das Zukunftszentrum bis 2028 zu errichten.



Basil Kerski geht abschließend auf 13 Kriterien ein, die die Jury bei der Standortentscheidung zugrunde gelegt habe und nennt als vorbildliche Bauten das Guggenheim-Museum in Bilbao, das Solidarność-Zentrum in Danzig und die städtische Bibliothek in Helsinki. Grundstückssituation, Internationalität im Forschungsbereich, Vernetzung, Verkehrslage etc. hätten zu den Kriterien gehört, die die Jury auf der Grundlage der Vorarbeiten der Arbeitsgruppe „Zukunftszentrum“ genutzt habe.

Alle fünf Standorte, die die Jury bereist hat, seien spannend gewesen. Die Jury sei tief beeindruckt gewesen vom Engagement der Bewerber. Die Entscheidung für Halle sei nach einer intensiven, ruhig geführten Diskussion gefallen. Nach seinem Eindruck identifiziere sich die Jury mit dieser Wahl. Am Riebeckplatz in Halle sei ein freies Gebäude möglich, das über die Bahn mit ICE-Halt sehr gut angebunden sein werde. Halle liege zentral in Mitteldeutschland und sei eine interessante Stadt mit tausendjähriger Geschichte. Die Stadt habe in ihre Bewerbung sehr klug die industrielle und die ländliche Umgebung eingebunden. Auch für Internationalität stehe der Ort. Die städtische Verwaltung habe in ihrer bescheidenen und sehr klaren Art imponiert.

Basil Kerski ergänzt, die Jury habe auf zwei weitere Orte aufmerksam gemacht, für die der Bund sich engagieren sollte: Eisenach habe eine sehr aktive Zivilgesellschaft, die in der kulturpolitischen Arbeit des Bundes berücksichtigt werden sollte. Außerdem spreche sich die Jury für eine Weiterentwicklung der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder aus. Der Bund könne dort einen wissenschaftlichen Brückenkopf in Richtung Mittel- und Osteuropa ausbauen.

Die **Vorsitzende** leitet auf die Fraktionen über.

Abg. **Dr. Christiane Schenderlein** (CDU/CSU) gratuliert im Namen ihrer Fraktion der Stadt Halle zum Ergebnis der Standortentscheidung. Dank gelte allen Bewerberstädten für ihr Engagement. Dass mit Halle eine Stadt in Mitteldeutschland erfolgreich gewesen sei, biete auch aus sächsischer Sicht eine interessante Perspektive.

Jetzt sei von Interesse, was Halle so ausgezeichnet habe, dass die Jury für diesen Standort votiert habe. Es müsse etwas gegeben haben, das Halle von anderen Bewerberstädten deutlich unterscheide.

Die CDU/CSU-Fraktion wolle den weiteren Prozess positiv begleiten und wünsche sich, dass sich der gesamte Deutsche Bundestag mit dem Projekt befasst. Berichte und Beratungen im Plenum seien angemessen, um dem Anspruch eines Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation gerecht zu werden. Zu hoffen sei überdies, dass es eine Gelegenheit im Ausschuss gebe, mit Halles Oberbürgermeister ins Gespräch zu kommen. Dieser habe angekündigt, die guten Ideen anderer Bewerberstädte in die Konzeption für das Zukunftszentrum aufnehmen zu wollen.

Von Herrn Kerski möchte Abg. Dr. Schenderlein wissen, wie es weitergeht und ob er den Prozess auch künftig begleiten werde. Im Zusammenhang mit dem Zeitplan für das Zukunftszentrum sei zudem von Interesse, wann erste Personalentscheidungen getroffen würden.

An die Vorsitzende gerichtet erkundigt sich Abg. Dr. Schenderlein nach Näherem zum Auswahlprozess für den Standort und nach Chancen für die Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften) beim Zukunftszentrum einbezogen zu werden.

Abg. **Marlene Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont, ihre Fraktion freue sich auf das Zukunftszentrum. Es könne gelingen, dort die Umbrucherfahrungen und die Leistungen der Menschen zu würdigen und dabei die verschiedenen Transformationsperspektiven der europäischen Nachbarstaaten einzubeziehen. Das Zukunftszentrum werde einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie und des Zusammenhalts leisten.

In ihren Fragen geht Abg. Schönberger auf mögliche Parallelen zwischen dem Zukunftszentrum und dem Europäischen Solidarność-



Zentrum ein sowie auf Lektionen aus Danzig, die für das deutsche Projekt lehrreich sein könnten. Außerdem erkundigt sie sich nach Möglichkeiten, Politikverdrossenheit zu begegnen, die auf Verletzungen und Enttäuschungen in der Nachwendezeit gründen könne.

Abg. **Dr. Marc Jongen** (AfD) nennt Eckdaten des Projekts: 180 Planstellen, 200 Mio. Euro Baukosten und 42,8 Mio. Euro jährliche Betriebskosten. Wenn mit dem Zukunftszentrum die Lebensleistung der Ostdeutschen gewürdigt werden solle, sei dies zu begrüßen. Gleichzeitig sei es jedoch das Ziel, den Transformationsprozess in Europa mitzuprägen. Das sehe die Fraktion der AfD kritisch. Im Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ sei vom mangelnden Vertrauen der Ostdeutschen in die Demokratie die Rede, dem mit dem Zukunftszentrum begegnet werden solle. Das sei ein erstaunlicher Befund, seien es doch gerade die Ostdeutschen, die mit ihrem beispielhaften Demokratieverständnis die Diktatur überwunden hätten. Die Ostdeutschen hätten sich Widerständigkeit gegen eine paternalistische Politik bewahrt, wie sie aus Berlin und Brüssel komme.

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung habe als Ziel vorgegeben, im Zukunftszentrum sollten die Bedingungen für eine Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft erforscht werden. Das passe zur großen Transformation des European Green Deal, der in Richtung planwirtschaftliche Organisation weise.

Abg. Dr. Jongen schließt sich einem Kritiker (Dr. Hubertus Knabe) an, der geschrieben habe, dass geplante Projekt belege, dass der Berliner Politikbetrieb abgehoben und realitätsfern agiere. Abg. Dr. Jongen bezieht sich auf weitere kritische Stimmen, wenn er dem Projekt Ideologie-Verdacht attestiert. Die Zielvorstellungen würden nicht deutlich. Es gebe also ein Spannungsverhältnis zwischen dem Kampf der ehemaligen DDR-Bürger für die Freiheit und dem planwirtschaftlichen europäischen Transformationsprozess.

Ob diese Frage diskutiert worden sei und wie der

skizzierten Kritik begegnet werde, will Abg. Dr. Jongen wissen.

Abg. **Thomas Hacker** (FDP) merkt an, die Standortentscheidung sei bereits durch das Kabinett bestätigt, nun müssten die nächsten Schritte folgen. Konzeptionierung, Ausschreibung, Bau etc. bildeten eine große Aufgabe. Die Erwartungen seien hoch. Das Projekt sei nicht nur wichtig für die Vollendung der deutschen Einheit, sondern – über die deutsche Nabelschau hinaus – für die europäische Transformation. Beides zu betrachten sei wichtig. In anderen europäischen Ländern sei zu besichtigen, was geschehe, wenn man sich der eigenen Vergangenheit nicht stelle, sie nicht aufarbeite und keine Versöhnung suche. Deshalb blicke er mit Stolz auf das Projekt.

Abg. Dr. Schenderlein habe bereits den Dank an die Bewerberstädte ausgedrückt. Dank gelte nicht nur jenen, die es in die Schlussauswahl geschafft hätten, sondern zusätzlich den übrigen Orten, die sich in die Diskussion eingebracht hätten. Die Gesellschaft habe durch diese breite Beschäftigung mit dem Thema gewonnen. Abg. Hacker fragt vor diesem Hintergrund, ob die eine oder andere Idee, die im Verfahren entwickelt wurde, in Halle aufgenommen werden könnte.

Abg. **Jan Korte** (DIE LINKE.) wertet das Zukunftszentrum insgesamt als gute Sache und findet die Europäisierung richtig, für die sich Herr Kerski persönlich stets eingesetzt habe.

Abg. Korte erkundigt sich nach den Erfahrungen des Direktors des Europäischen Solidarność-Zentrums, wie es gelingen könne, diejenigen aus Zivilgesellschaften strukturell einzubinden, die sich unter diktatorischen Bedingungen wie in Russland oder Belarus engagierten. Außerdem interessiert ihn, wie die Regionen einbezogen würden. Beim Standort Halle biete sich die Region Bitterfeld an, weil dort alles Gute und Schlechte betrachtet werden könne. Dort gebe es sowohl identitätsstiftende Betriebe aus der Zeit der DDR als auch als Folge von Verbrechen der Treuhandanstalt den völligen Abriss von Industriestandorten zu besichtigen.



Inzwischen zeige die Region eine ganz andere Seite, beispielsweise im Hinblick auf die Naherholung.

Abg. **Simona Koß** (SPD) schließt sich dem Dank für Jury und Bewerberstädte an. Ebenso gratuliert sie Halle. Abg. Koß bittet darum, das Besondere der Bewerbung Eisenachs noch einmal aufzuzeigen. Bei Frankfurt interessiere sie, was für diese Stadt getan werden könnte. Insgesamt bittet sie um eine Übersicht, was jeweils für die Bewerberstandorte gesprochen habe und warum sie ausgeschieden seien. Zwei weitere Fragen sind auf den Zeitplan und die nächsten Schritte gerichtet. Wenn über die inhaltlichen Erwartungen gesprochen werde, heiße es, die europäische Sicht dürfe nicht zu kurz kommen. Was das inhaltlich bedeute, soll Herr Kerski beschreiben.

Abg. **Katrin Budde** (SPD) antwortet als Vorsitzende der Standortjury und stellt zunächst klar, dass die Arbeit der Jury mit der Entscheidung über den Standort beendet sei. Die Jury habe nicht inhaltlich gearbeitet.

Die Jury habe sich bei der Standortentscheidung an 13 Kriterien orientiert, die die Arbeitsgruppe „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ definiert habe. Wer dem Projekt Zukunftszentrum vorwerfe, ihm fehle die Bodenhaftung, der habe den grundlegenden Bericht dieser Arbeitsgruppe nicht gelesen, der seit Langem öffentlich zugänglich sei. Man könne wissen, was im Zukunftszentrum stattfinden soll.

Bewerberkommunen, die sich entsprechend informiert hätten, hätten also wissen können, welche Anforderungen die Arbeitsgruppe an den Standort stellen würde. Zu den 13 Kriterien für die Standort-Entscheidung habe unter anderem gehört, dass ein Grundstück vorhanden sein müsse, das eine freie Architektur ermögliche. Es müsse ein Gebäude entstehen können, das architektonisch viele Varianten erlaube, ohne durch Traufhöhen und ähnliche Vorgaben beschränkt zu sein.

Die Jury habe jeden Standort auf Herz und Nieren

geprüft, sich in viele, auch technische Details eingearbeitet, Planungsrecht und städtebauliche Vorgaben herangezogen. Wenn sich eine Bewerberkommune mit mehreren Gebäuden und mit Außenstellen präsentiert habe, hätte diese wissen müssen, dass dies nicht den Vorgaben entsprochen habe. Vorgegeben worden sei vielmehr, dass das Zukunftszentrum in einem Gebäude drei Säulen zusammenführen solle: 1. Forschung und Wissenschaft, 2. Bürgerbegegnung und 3. Kunst und Kultur/Galerie der Einheit. Im Alltag des Zukunftszentrums müssten diese drei Aspekte integrativ verbunden werden. In Danzig lasse sich besichtigen, wie sich eine derartige Idee in die Praxis umsetzen lasse.

Jeder der Standorte habe durch die Bereisung dazugelernt. Die Städte hätten die Gelegenheit genutzt, der Jury im Nachgang schriftlich zusätzliche Informationen zu übermitteln. Die Bewerbungen seien noch während des Verfahrens konzeptionell fortentwickelt worden.

Fragen nach den weiteren Schritten für das Zukunftszentrum könnten weder die Vorsitzende der Jury noch ihr Stellvertreter beantworten. Im dritten Quartal 2023 solle der Architekturwettbewerb ausgelobt werden. Da viele technische Voraussetzungen erfüllt sein müssten, ehe die Auslobung erfolgen könne, sei der zeitliche Vorlauf nicht zu lang. Es werde auf Gründlichkeit ankommen, damit im weiteren Verlauf des Wettbewerbs kein Ärger entstehe.

Die nächste spannende Frage sei also, wie die Aufgabe für den Architekturwettbewerb beschrieben werde und welche Bedingungen formuliert würden. Andere Fragen, etwa Personalfragen, gehörten exklusiv in den Bereich der Exekutive. Staatsminister Schneider habe zugesagt zu informieren, sobald er Erkenntnisse zu Fragen der Finanzierung, der Besetzung des Aufbaustabs und zur inhaltlichen Ausgestaltung der drei Säulen habe. Der Ausschuss werde das Projekt weiterhin begleiten.

Die Standortjury habe inhaltliche Debatten weitgehend abgewehrt, weil sie das Zentrum nicht inhaltlich auszugestalten habe.



Man sei sich nichtsdestotrotz einig gewesen, dass angesichts des Angriffskriegs, den Russland gegen die Ukraine führt, das Thema Mittel- und Osteuropa noch einmal anders abgebildet werden müsse. Im Zusammenhang mit der Standortfrage hätten solche Überlegungen jedoch nicht gestanden.

Eisenach sei die erste der bereisten Bewerberkommunen gewesen, eine Mittelstadt mit Anbindung, aber ohne extrem gute Anbindung. Die Jury habe beeindruckt, dass Eisenach verstanden habe, was gesucht werde: ein Transformationsstandort, der freie Architektur zulasse. Der Stadt sei eine hervorragende Präsentation gelungen, sie habe die Bevölkerung eingebunden und gute Ideen entwickelt, um die Anforderungen an das Zukunftszentrum auf dem Gebiet der Wissenschaft zu erfüllen. Eine unglückliche Besonderheit sei gewesen, dass das Bundesland Thüringen anders als alle anderen Bundesländer nicht nur eine Bewerberkommune zugelassen habe, sondern sich in Thüringen neben Eisenach und Jena weitere Standorte (Sonneberg, Mühlhausen) in den Wettbewerb eingebracht hätten. Allerdings habe die Jury mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit entschieden, Sonneberg und Mühlhausen aus dem Wettbewerb zu nehmen, weil dort bereits die nötige Infrastruktur fehle.

Die Jury habe also Eisenach, Halle, Jena, Frankfurt und Leipzig/Plauen besucht. Leipzig/Plauen habe eine Doppelbewerbung eingereicht. Zwei Standorte seien bei der Ausschreibung des Wettbewerbs nicht explizit ausgeschlossen gewesen, deshalb habe die Jury sich nicht von vornherein gegen diese Idee gewandt. Die Gruppe habe allerdings nur Leipzig bereist, um gegenüber den Mitbewerbern gleiche Bedingungen zu gewährleisten. Plauen und Leipzig hätten sich gemeinsam in Leipzig vorgestellt. Der Ablauf der Bereisung sei nach dem immer gleichen Schema abgelaufen. Die Kommunen hätten stets den Standort präsentieren und Nachfragen ermöglichen müssen. Es habe ausführlich Gelegenheit zur Diskussion gegeben. Stets habe die Jury sich zum Schluss zu einer internen Nachbesprechung zurückgezogen. Das Verfahren sei strikt normiert gewesen, um gerechte Bedingungen für alle Bewerber zu garantieren.

Der Ausschuss für Kultur und Medien tage öffentlich, die Jury zum Standort des Zukunftszentrums habe immer nichtöffentlich verhandelt. Sie werde als Vorsitzende deshalb keine Interna aus den Jurysitzungen weitergeben. Dafür bitte sie um Verständnis. Negative Aspekte einzelner Bewerbungen werde sie nicht kommunizieren. Positiv zu beschreiben, was am Ende für die getroffene Entscheidung ausschlaggebend gewesen sei, halte sie hingegen für möglich.

Für Halle habe das frei bebaubare Grundstück gesprochen. Dort könnten in einem Gebäude die drei inhaltlich geforderten Säulen untergebracht werden. Halle sei über einen ICE-Knotenpunkt aus allen Richtungen gut erreichbar, national und international. Hinzu komme die Flughafenanbindung über Halle/Leipzig. Das wissenschaftliche Umfeld passe ebenfalls. Die Leopoldina sei ein Pfund in der Zusammenarbeit. Halle sei mit Halle-Neustadt als Doppelstadt ein Ort der Transformation, auch der Riebeckplatz sei ein Ort der Transformation. Die Wege von dort in die Innenstadt seien kurz, der Bahnhof sei in wenigen Minuten zu Fuß erreichbar. Gefordert gewesen sei darüber hinaus eine Einbindung und Belebung des öffentlichen Raums. Auch dieses Kriterium erfülle Halle am Riebeckplatz. Sowohl struktur- als auch regionalwirtschaftlichen Bedarf weise Halle immer noch auf, im Vergleich mit Leipzig werde dies unter vielen Gesichtspunkten deutlich. Ein Umfeld, das ausreichend Übernachtungsmöglichkeiten sowie ein vielfältiges Kultur- und Freizeitangebot biete, sei ebenfalls gefordert gewesen. Diese Anforderung werde ebenso erfüllt wie die planungsseitig formulierten Voraussetzungen für das Zukunftszentrum. Für Halle spreche außerdem, dass durch die örtliche Kunsthochschule (Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle) mit ihren Kunst- und Designstudiengängen eine junge, kreative Szene vorhanden sei, die bereits projekterfahren sei.

In Halle gebe es also eine zivilgesellschaftliche Umgebung, die unter dem Gesichtspunkt der Einbindung und des Alltagsbetriebs des Zukunftszentrums sowohl bedeutend als auch groß genug sei.



Halle habe in seiner Präsentation die umgebenden Landkreise bereits berücksichtigt. Damit sei es gelungen, diejenigen Jurymitglieder zu überzeugen, die Halle und seine Umgebung nicht kennen. Der Landrat von Mansfeld-Südharz habe Transformationsregionen und -orte in der Umgebung vorgestellt. Beispiele für Transformationsprozesse vielfältigster Art (Landwirtschaft, Industrie, Entleerung von Räumen etc.) ließen sich in der Region zeigen und erforschen.

Basil Kerski findet es großartig, dass im Ausschuss nicht nur zurückgeschaut, sondern auch nach vorn geblickt werde. Der Ball liege im Feld der Bundesregierung und des Parlaments, nachdem über den Standort entschieden sei. Er halte eine sachliche Debatte über die Inhalte des Zukunftszentrums für sehr wichtig. Deshalb werde er versuchen, in kurzen Sätzen die Idee zu skizzieren.

Der Wendepunkt, den das Jahr 1989 für Deutschland, Europa und die Welt bedeute, werde unterschätzt. 1989 sei eine deutsche Nation entstanden, nicht nur ethnisch, sondern als politische Nation. Herr Kerski zieht einen Vergleich mit 1848, als die deutsche parlamentarische Tradition begonnen habe, damals allerdings am Ende gegen die Nachbarn gerichtet. 1989 hätten hingegen mutige Frauen und Männer gemeinsam mit ihren Nachbarn einen großartigen demokratischen Nationalstaat erkämpft. Deshalb sollten die Namen der damals wichtigen Akteure genannt werden: Václav Havel und Lech Wałęsa seien die Gründungsväter Europas.

Am 4. Juni 1989 hätten in Polen freie Wahlen stattgefunden, während in China am selben Tag die politischen Grundlagen für ein totalitäres System gelegt worden seien, mit dem Europa die nächsten Jahre zu tun haben werde. In China werde eine kapitalistische Idee, werde eine globale Idee verfolgt. Gleichzeitig würden Freiheiten und Menschenrechte in extremer Form unterdrückt mit Hilfe technologischer Mittel, die erschreckend überragend seien. Zudem sei mit 1989 die Rückkehr ethnischer Säuberungen als politisches Mittel nach Europa verbunden. Im Juni 1989 habe Slobodan Milošević begonnen, den

ethnischen Nationalismus auf dem Amselfeld zu formulieren. Die Destabilisierung des Westbalkans sei also ebenfalls ein Thema.

Viele, die sich mit dem Wandel in Mittel- und Osteuropa befassten, wüssten, dass der Krieg gegen die Ukraine geführt werde, um die Revolution von 1989 rückgängig zu machen. Der russische Präsident Wladimir Putin, ehemals Oberstleutnant des KGB in Dresden, wolle alles zu nichtemachen. Als moderner Politiker wisse er, dass er dazu aktuelle Mittel und moderne Visionen brauche.

1989 sei also im Positiven und im Schwierigen der Wendepunkt.

Das heutige Europa gehöre den Bürgerinnen und Bürgern. Es basiere auf dem Vertrag von Maastricht, der erst durch die deutsche Einigung möglich geworden sei, was in Deutschland vergessen werde. Wirtschaftlich und kulturell habe sich Deutschland erheblich verändert. Polen und Tschechien bildeten zusammen den größten Handelspartner Deutschlands mit fast ausgeglichener Bilanz. Die USA und China träten dahinter zurück. Wer Polen in sein politisches Denken aufnehme, beziehe das Weimarer Dreieck und damit Frankreich ein, wer die Ukraine mitdenke habe ganz Europa im Blick.

Mit dem Zukunftszentrum solle ein symbolischer Ort, ein offener Ort entstehen. Menschen sollten angesprochen werden, die bislang eher selten in Museen anzutreffen seien. Junge Menschen und bisher ausgeschlossene Menschen müssten das Gefühl haben, das Zukunftszentrum sei für sie gemacht.

Das Solidarność-Zentrum in Danzig habe eine Botschaft, die vom Haus ausgehe, weil es sich um einen historischen Ort handle. In der ehemaligen Werft sei nicht nur die Gewerkschaft Solidarność gegründet worden, sondern hätten große Streiks stattgefunden, die zu den Veränderungen von 1989 geführt hätten. Das Haus stehe für die Idee von 1989, für die universellen Menschenrechte und deren Durchsetzung. Demokratie und offene



Gesellschaft seien keine Selbstverständlichkeiten. Sie seien kein elitäres politisches Projekt, gebraucht werde vielmehr die Beteiligung der Menschen.

Das Solidarność-Zentrum spreche nicht nur Polinnen und Polen, sondern ebenso Menschen aus Deutschland oder aus anderen Ländern Europas an. Das Solidarność-Zentrum verstehe sich als Partner aller Menschen, die für demokratische Werte einträten.

Gelernt habe er während seiner Arbeit, wie schwierig es sei, eine solche Einrichtung mit öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Herr Kerski verweist auf die Migrationsdebatte, um auf Tendenzen hinzuweisen, die Menschenrechte außer Kraft zu setzen. Als Team habe das Solidarność-Zentrum massiv gegen die Situation an der Grenze Polens zu Belarus protestiert. Unbeliebt habe das Zentrum sich überdies gemacht, als es erklärt habe, es stehe ein für die Ukraine, gleichzeitig aber auch für die russische Menschenrechtsorganisation Memorial und für Russinnen und Russen, die sich gegen Präsident Putin wenden.

In Deutschland werde es jetzt darauf ankommen, ein Team zu finden, das bereit sei, mit den Menschen in Halle und in Mitteldeutschland zusammenzuarbeiten. Gesucht würden Wissenschaftler/-innen und Kulturschaffende, die über den Tellerrand schauten, die nicht nur über Erfahrung verfügten, sondern Neugier mitbrächten. Sie müssten kämpfen wollen für die nach 1989 geschaffene Demokratie. Hinzu kommen müsse internationale Vernetzung. Glaubwürdigkeit gegenüber den Partnern werde das Zukunftszentrum nur gewinnen, wenn es deren Perspektive (z. B. der Ukraine, Frankreichs oder Südeuropas) einbeziehe. Darüber hinaus müssten Formate gefunden werden, die Menschen ansprächen.

Die schwierigste Aufgabe werde sein, den Galeriebereich zu füllen. Die Dauerausstellung müsse die Idee der neuen deutschen Nation in einem schwierigen, vereinten Europa mit all seinen Problemen zeigen.

Herr Kerski rät zu einer intellektuellen Reflexion. Den alten Westen gebe es nicht mehr. In der postkommunistischen Transformation habe nicht einfach die Demokratie die Diktatur abgelöst, es sei etwas Neues entstanden. Außerdem erlebe Europa seit 15 Jahren die digitale Transformation, von der keiner wisse, wohin sie führe. Auch an dieser Stelle sei die Parallele zu 1848 interessant: Damals sei die Demokratie neu gewesen und hätten sich die Menschen zusätzlich mit der Industrialisierung auseinandersetzen müssen.

Herr Kerski kommt auf die fünf Standorte für das Zukunftszentrum zurück und betont, die Jury sei neutral gewesen, sie habe sich mit jedem Wettbewerber positiv auseinandergesetzt und am Ende eine schmerzhaft Entscheidung treffen müssen. Er geht auf die Stärken der jeweiligen Standorte ein und streicht für Eisenach speziell die Zivilgesellschaft und die örtliche Industriekultur heraus. Mit der Wartburg rückten dort zusätzlich Aspekte der deutschen Geschichte auf dem Weg zur deutschen Nation in den Blick.

Jena habe eine schwierige Transformation erfolgreich gemeistert. Seine Stärke sei die Universität. Dort biete sich ein attraktiver Aufenthaltsraum für Wissenschaftler aus Deutschland und Europa. In Jena sei das angebotene Grundstück allerdings sehr von der Umgebung geprägt.

Beim Standort Leipzig/Plauen sei die Doppelbewerbung ein Problem gewesen, weil die Idee des Zukunftszentrums nicht von zwei Standorten ausgehe. Überrascht habe ihn, welche attraktiven Standort Plauen habe bieten können. Im Übrigen werfe Plauen natürlich die herausragende Rolle der Stadt im Oktober 1989 in die Waagschale. Erstaunlicherweise hätten viele Jurymitglieder die überregionale Bedeutung des Matthäikirchhofs in Leipzig mit seinen diversen historischen Bezügen nicht gekannt. In Leipzig sei man sich einig, das Entwicklungsvorhaben Matthäikirchhof nichtkommerziell zu realisieren. Das Projekt sei riesig und werde die Stadt nach seiner Einschätzung finanziell überfordern, sie brauche dabei Unterstützung. Die Jury sei also in einen bereits angestoßenen Prozess geraten.



Der Grenzraum Deutschland/Polen mit Frankfurt sei per se spannend. Die Viadrina habe von der Grenze zwischen Deutschland und Polen profitiert, weil sie eine besondere Brückenfunktion habe wahrnehmen können. Sie habe Studierenden ermöglicht, in Deutschland zu lernen und in Polen zu leben. Seit Polen zum Schengen-Raum gehöre, sei dieser Vorteil verloren, die Viadrina konkurriere nun mit anderen Universitäten. Herr Kerski sieht eine Lösung in einer stärkeren Profilierung der Universität in Richtung Ost- und Mitteleuropa und in Richtung einer Forschungsuniversität. Die Viadrina in Frankfurt zu gründen sei eine geniale Entscheidung der Landesregierung unter Ministerpräsident Manfred Stolpe gewesen. Das enorme überregionale Potenzial, das mit der Viadrina verbunden sei, müsse gefördert werden.

Die Jury wolle erreichen, dass Menschen, die am Zukunftszentrum arbeiteten, auch an diesem Standort lebten. Herr Kerski berichtet von eigenen Erfahrungen und betont, die Menschen schauten genau hin, ob jemand nur seiner Arbeit nachgehe oder am Ort lebe und sich dort integriere. Bei Frankfurt sei die Frage, ob der Schatten Berlins und Posens zu groß sein könnte.

Zum Standort Halle habe die Vorsitzende schon viel gesagt. Halle sei für Europäer ein interessanter Ort, die Stadt erzähle deutsche und europäische Geschichte. Außerdem biete sie einen Hochschulstandort mit wichtigen Kompetenzen zu Mittel- und Osteuropa, die sich ausbauen ließen. Einen Lehrstuhl für Polenstudien gebe es bereits.

Es werde entscheidend darauf ankommen, Menschen zu finden, die die Idee des Zukunftszentrums verstünden, sie umsetzten und etwas Nichtkoloniales verwirklichen wollten. Ein Schuldbekenntnis gegenüber Ostdeutschen sei jedenfalls das falsche Motiv für das Zukunftszentrum. Es gehe um Größeres. Es gebe wenig nichtkommerzielle Kulturräume, die vollkommen offen seien und die Möglichkeit böten, sich als Bürgerin und Bürger zu entdecken. Der abstrakte Anspruch müsse in so einem Haus verwirklicht werden können. Unter dieser Bedingung könne Neugier

auf schwierige Themen entstehen. Das Zukunftszentrum sollte sich nicht auf die ostdeutsche Transformation beschränken, sondern das Positive benennen, das als europäisches Kapital für die Zukunft existiert. Nach seinem Eindruck sei bisher zu wenig erkannt, wie sehr sich Deutschland wegen der europäischen Revolution verändert habe. Die europäischen Demokratien seien durch die Möglichkeiten der Digitalisierung in der Hand autoritärer Systeme gefährdet und dadurch, dass die Frage der Demokratisierung Gesamteuropas (Russland, Ukraine, Belarus) nicht entschieden sei. Die EU-Mitgliedschaft des Westbalkans sei entscheidend für die europäische Sicherheit. Für all diese Themen gebe es in Deutschland bisher keinen Ort. Das sei die Chance des Zukunftszentrums.

Die **Vorsitzende** dankt für die Ausführungen und betont, die von Herrn Kerski skizzierte inhaltliche Debatte müsse im Ausschuss geführt werden, aber unabhängig von der jetzt getroffenen Standortentscheidung. Die Vorsitzende rät zu überlegen, eine solche Debatte im Herbst aufzusetzen und externen Sachverstand hinzuziehen. Es gehöre zu den Aufgaben des Ausschusses, das Projekt Zukunftszentrum in der konzeptionellen Entwicklung zu begleiten. Die Obleute könnten die Fragestellung in die Arbeitsplanung einbeziehen.

Basil Kerski bittet darum, den Bericht der Arbeitsgruppe „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ prominenter zu platzieren und im Internet leichter auffindbar zu machen. Helfen könne auch, ihn zusammenzufassen und seine Essenz thesenartig zu veröffentlichen. Das Konzept müsse besser kommuniziert werden.

Die **Vorsitzende** schließt die Aussprache und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.



Tagesordnungspunkt 2

Ein Jahr Krieg gegen die Ukraine: Bericht der Bundesregierung zu deutschen Hilfen im Bereich von Kultur und Medien

Die **Vorsitzende** ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt den Gästen das Wort.

Stefan Rößel (Beauftragter für auswärtige Kulturpolitik im Auswärtigen Amt) sagt, der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sei auch auf die Zerstörung der kulturellen Eigenständigkeit und Identität gerichtet. Die Hilfen für kulturelle Einrichtungen und Kulturschaffende seien daher ein starkes Signal der Solidarität und eine wichtige politische Komponente bei der Unterstützung des Landes.

Für die Unterstützung im politischen, militärischen, wirtschaftlichen und humanitären Bereich habe die Bundesregierung bislang über 14 Mrd. Euro aufgewendet. Das Auswärtige Amt (AA) helfe im Bereich Kultur, und zwar vor Ort in der Ukraine, im Exil und teilweise auch bis nach Deutschland hinein wirkend. Das AA verwende dafür in 2022 und 2023 jeweils etwa 30 Mio. Euro.

Die Hilfen würden durch folgende Organisationen/Programme geleistet: das Goethe-Institut, das Programm „Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland“ (ÖPR), die Hannah-Arendt-Initiative, die PASCH-Schulen (Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“), das Netzwerk Kulturgutschutz Ukraine und das Deutsche Archäologische Institut (DAI). Zudem würden Mittel zur Eindämmung von Desinformation ausgegeben.

Das Goethe-Institut sei die wichtigste Mittlerorganisation. Unmittelbar nach Kriegsbeginn seien dort kurzfristige Soforthilfe-Stipendien aufgelegt worden, die über 800 ukrainische Kulturschaffende erhalten hätten. Über 100 Personen seien im „Artists at Risk-Schutzprogramm“ untergebracht worden. In der Ukraine selbst habe man 2022 die Fortsetzung der Arbeit von 70 Kulturinstituten, Institutionen und Festivals sichern können.

Das Goethe-Institut habe zudem Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache auf den Weg gebracht, die sich auf neun Bundesländer erstreckten. Zudem sei die Ukraine ein Schwerpunkt in der neu aufgelegten Programmreihe „Goethe-Institut im Exil“ gewesen.

Während zu Beginn des Krieges Soforthilfemaßnahmen wichtig gewesen seien, gehe es nun um eine nachhaltige und kontinuierliche Gestaltung. Das gelinge auch durch den Fortbestand des Goethe-Instituts in der Ukraine. Bei Kriegsausbruch seien alle Entsandten und Ortskräfte nach Deutschland gekommen. 33 Ortskräfte seien wieder in die Ukraine zurückgekehrt, ein Drittel arbeite in Deutschland weiter.

Vor Ort werde der Sprachunterricht fortgesetzt, und es gebe Pläne für die Wiederaufnahme der Prüfungen. All dies geschehe im Verbund mit europäischen Partnern, auch stark finanziert durch die Europäische Union (EU).

Das AA unterstütze ferner die ukrainische Zivilgesellschaft mit dem ÖPR-Programm, das zum Beispiel Journalistinnen und Journalisten ermögliche, im Exil die Arbeit fortzusetzen. Für diese Projekte in der Ukraine veranschlage das AA etwa 10 Mio. Euro für 2023. Gestärkt würden damit auch Partner vor Ort, die im Bereich Menschenrechte tätig seien.

Durch Projekte der Hannah-Arendt-Initiative würden ukrainische Medienschaffende vornehmlich in ihrem Heimatland durch Stipendien unterstützt. Ein weiterer Bereich seien die PASCH-Schulen.

Maria Bering (BKM) unterscheidet zwischen ideellen und finanziellen Hilfen. Ideelle Hilfen seien beispielsweise Gespräche der Staatsministerin für Kultur und Medien (BKM) mit dem ukrainischen Kulturminister gewesen, aus denen sich weitere Kontakte ergeben hätten. Hinzu kämen bilaterale Kontakte vieler kultureller Einrichtungen in Deutschland und der Ukraine. Dadurch seien zum Beispiel Programme angepasst worden. Zudem habe die deutsche Bevölkerung



etwa über die Geschichte der Ukraine informiert werden können.

Für finanzielle Hilfen habe die BKM über den Ergänzungshaushalt für 2022 die Summe von 20 Mio. Euro zur Verfügung gehabt. Man sei stolz drauf, diese zu 91 Prozent ausgereicht zu haben. Die Mittel seien in vier Bereiche geflossen:

1. Kulturgutschutz vor Ort: Transporte etwa von Materialien und Notstromaggregaten sowie digitale Speicherung in Zusammenarbeit mit dem AA und verschiedenen Partnern.

2. Exilmedien: Unterstützung ukrainischer und russischer Journalistinnen und Journalisten in Deutschland. Zum Teil sei dies aus Gründen der Sicherheit diskret geschehen.

3. Stipendien für geflohene Kulturschaffende: Zusammenarbeit mit vielen Institutionen, auch um Wertschätzung zu zeigen. Es sei um Möglichkeiten der kreativen Entfaltung gegangen, etwa um Auftritte und Proben. Abgedeckt worden sei auch der Bereich der Erinnerungskultur.

4. Unterstützung von Veranstaltungen im Inland: Viele Einrichtungen und kulturelle Initiativen hätten etwas umsetzen wollen, etwa kleine (Foto-)Ausstellungen, Konzerte, kulturelle Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche. Bei vielen Initiativen sei es auch um Zugewandtheit gegangen.

Bei der Unterstützung von Medienschaffenden habe man sich immer eng mit dem AA abgestimmt, um Doppelungen zu vermeiden. Die Arbeit der Hannah-Arendt-Initiative werde weiterentwickelt. Es gehe über den Ukraine-Russland-Krieg hinaus generell um Journalistinnen und Journalisten, die in ihrem Heimatland keine sicheren Arbeitsbedingungen vorfinden. Im Augenblick sei das Programm auf Afghanistan ausgedehnt, Details würden noch geklärt. Vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte stehe es Deutschland gut an, in dem Bereich besonders aktiv zu sein.

Die **Vorsitzende** erläuterte das unter den Fraktionen verabredete Verfahren und leitete in die Frage-Antwort-Runde über.

Abg. **Helge Lindh** (SPD) hält es für richtig, die Ukraine im Bereich Kultur und Medien zu unterstützen. Der russische Präsident Putin habe in Reden deutlich gemacht, dass der Angriff auf die kulturelle Identität inklusive der sprachlichen Identität in seiner Kriegsführung zentral sei. Deutschland stärke mit seinen Aktivitäten die Ukraine und konterkarriere den russischen Versuch der Vernichtung. Der Angriffskrieg Russlands müsse im Übrigen mit einem Tribunal aufgearbeitet werden.

Es gehe etwa um den Schutz von Denkmälern, Bauwerken, Hilfe bei der Rekonstruktion und die Bewahrung durch Digitalarchive. Des Weiteren müsse die kulturelle Tätigkeit von ukrainischen Kulturschaffenden und der Zivilgesellschaft im Exil gestärkt werden. Im Bereich Medien gehe es um ukrainische Medien in der Ukraine, Journalistinnen und Journalisten im Exil sowie die Tätigkeit der Deutschen Welle in Bezug auf Desinformation.

Das AA möge erläutern, ob die aktuellen Erfahrungen den Ansatz der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik als dritte Säule der Außenpolitik konturieren. Zudem interessiert, mit welchen Mitteln und Fördermaßnahmen die Bundesregierung dem Kriegsinstrument der Desinformation entgegenrete. Weiterhin möchte Abg. Lindh wissen, ob Deutschland etwas von der Ukraine auf ihrem teilweise sehr kreativen und beeindruckenden Weg lernen könne.

Abg. **Maximilian Mörseburg** (CDU/CSU) sagt, dass in Kriegszeiten nicht nur die Wahrheitsfindung schwierig sei, sondern Wahrheiten ganz neu geschrieben würden. Neue kulturelle Verknüpfungen entstünden und alt gediente zerfielen. Trauriges Beispiel dafür sei die historische und kulturelle Verbindung zwischen der Ukraine und Russland. Ukrainerinnen und Ukrainer hätten vor ihren angeblichen russischen Brüdern fliehen müssen. Sie würden nun in Prag, Wien oder Berlin aufgenommen. Dies werde kulturelle



Konsequenzen haben. Den Weg Richtung Europa habe die ukrainische Gesellschaft 2014 selbst eingeschlagen. Die Kulturgemeinschaft Europas wolle dies unterstützen.

Abg. Mörseburg zitiert eine ukrainische Schriftstellerin um zu verdeutlichen, dass Russland die ukrainische Kultur stehlen oder zerstören wolle. Vor diesem Hintergrund sei es unerlässlich, die ukrainische Kultur und die Kulturschaffenden zu unterstützen. Die CDU/CSU-Fraktion halte die Bestrebungen der Bundesregierung für richtig. Berichtet werden soll, wie viele Personen aus der Ukraine durch das Schutzprogramm für gefährdete Journalistinnen und Journalisten im Exil unterstützt worden seien. Des Weiteren interessiert, wie vielen Menschen durch Stipendien geholfen werde und ob der Bedarf bestehe, diese Programme auszubauen.

Abg. **Erhard Grundl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schließt sich der Einschätzung an, dass Russland gezielt gegen die ukrainische Kultur vorgehe. Er lobt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BKM, des AA und weiterer beteiligter Institutionen für ihren Einsatz. Die ideelle Unterstützung seitens der BKM und die Programme der Regierung hätten auch Initiativen der deutschen Zivilgesellschaft ermöglicht.

Abg. Grundl lobt das Goethe-Institut für die zügige Bereitstellung von Soforthilfe-Stipendien in Zusammenarbeit mit der Kulturstiftung des Bundes. Seinen Informationen zufolge habe es doppelt so viele Anträge wie Stipendien gegeben. Ob weitere Personen Unterstützung erhalten könnten, möchte er wissen. Zudem interessiert, ob es nach der weitgehenden Zerstörung Charkiws als Zentrum des ukrainischen Verlagswesens Überlegungen gebe, mit einem Hilfsprogramm auf diesem Gebiet zu unterstützen.

Abg. **Dr. Marc Jongen** (AfD) erklärt, dass seine Fraktion Hilfen für die Menschen in und aus der Ukraine sowie den Erhalt ukrainischer Kulturgüter für wichtig halte. Gleichwohl wolle er kritisch nachfragen. Er zählt Finanzhilfen der Bundesregierung im Bereich Kultur/Medien und finanzielle Hilfen aus der EU und den USA auf. Vor diesem

Hintergrund sei es beunruhigend, dass noch im September 2021 der EU-Rechnungshof der Ukraine massive Probleme durch Korruption und die Beraubung des Staates attestiert habe.

Wie die Bundesregierung sicherstelle, dass die Hilfen korrekt ankommen, möchte Abg. Dr. Jongen wissen.

Weiterhin interessiert, ob es stichhaltige Erkenntnisse gebe, die bestätigten, dass Russland gezielt Kulturstätten zerstöre, die Vernichtung der ukrainischen Kultur also Absicht sei.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj habe am Kriegsbeginn sämtliche Medien des Landes zu einer Art Regierungssprachrohr zusammengefasst. Nun sei ein neues Medien-gesetz geplant, das unter anderem die Sperrung von Nachrichtenwebsites ermöglichen solle und von der ukrainischen Journalistengewerkschaft kritisch betrachtet werde. Ob die Bundesregierung versuche, auf die Ukraine im Hinblick auf eine unabhängige Berichterstattung einzuwirken, soll gesagt werden.

Abg. **Anikó Glogowski-Merten** (FDP) kritisiert die Fragen des Abg. Dr. Jongen, weil beabsichtigt sei, so bestimmte Narrative zu verbreiten.

Sie betont, es habe immer wieder Aussagen Putins gegeben, in denen er die Vernichtung der Ukraine als Ziel ausgegeben habe. Der Schutz ukrainischer Kulturgüter und die Unterstützung geflüchteter Kultur- und Medienschaffender seien erforderlich. Die Gäste sollen darlegen, wie die Zusammenarbeit beim Projekt KulturGutRetter (KGR) mit Partnerorganisationen wie dem DAI und dem Technischen Hilfswerk konkret funktioniere. Gewünscht wird eine Einschätzung, wie erfolgreich der Zusammenschluss sei und ob das Projekt erweitert werden sollte.

Abg. **Helge Lindh** (SPD) entschuldigt Abg. **Jan Korte** (DIE LINKE.), der die Sitzung aus dringenden Gründen habe verlassen müssen.



Maria Bering (BKM) berichtet, man habe mit den Programmen 1.376 Kultur- und Medienschaffende in Deutschland erreicht. Mit den journalistischen Hilfswerken seien 900 Journalistinnen und Journalisten unterstützt worden.

Im Bereich Kulturgutschutz/Projekt KGR hätten sich zwölf Institutionen zusammengeschlossen. Schon im Vorfeld der Hilfen habe es sehr enge, vielfältige Kontakte in die Ukraine gegeben. Daher seien schnelle systematische Abfragen nach Bedarfen möglich gewesen. Am Ende seien Hilfsgüter im Wert von knapp 4 Mio. Euro in die Ukraine gebracht worden. Aufgrund der Netzwerke sei sie sicher, dass das Geld an den richtigen Stellen angekommen sei, um Kulturgüter zu retten und zu schützen.

Stefan Röbel (AA) ergänzt, dass mit dem Projekt KGR 35 Tonnen Hilfsgüter auf 250 Paletten geliefert worden seien, darunter Luftpolsterfolie.

Der Krieg habe das AA etwas über die dritte Säule der Außenpolitik gelehrt. Es sei deutlich geworden, wie unverzichtbar eine gute und strategische Aufstellung in diesem Bereich sei. In Krisen- und Konfliktsituationen würde die Relevanz von Kultur- und Bildungspolitik deutlich. Die Bereiche seien nicht ein „Nice-to-have“, sondern ganz zentral und müssten in der Politik entsprechend behandelt werden.

Über Desinformation habe man schon vor dem Krieg mit Partnern im Rahmen der EU und der Nato gesprochen und sich abgestimmt. Man tue dies auch und vor allem mit der ukrainischen Botschaft und lerne voneinander. Zudem sei man in engem Austausch mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und mit Faktencheckern.

Das AA sei in Kontakt mit dem ukrainischen Buch-Institut, um sicherzustellen, dass man bei Bedarf unterstützen könne. Die deutsche Botschaft sei wieder in Kiew aktiv, man habe direkte Kontakte in die ukrainischen Ministerien, sodass es einen Austausch zum Thema Druckerzeugnisse gebe.

Das AA sei rechtlich verpflichtet zu überprüfen, ob öffentliche Mitteln korrekt verwendet werden. Man arbeite im Rahmen des ÖPR-Programms mit deutschen NGOs zusammen, die wiederum Partnerstrukturen vor Ort hätten. Das Goethe-Institut und die deutsche Botschaft gäben ebenfalls Rückmeldung.

Die **Vorsitzende** bedankt sich bei den Gästen und schließt die Aussprache.

Schluss der Sitzung: 16:15 Uhr

Katrin Budde, MdB
Vorsitzende